

Q. Unsere Politik vor Ort

Wie wir bezahlbaren Wohnraum schaffen, Kommunen stark machen und zu einem gerechten Ausgleich zwischen den Regionen kommen

Vor Ort wird Politik lebendig. In den Kommunen werden abstrakte Gesetze zu Entscheidungen, die unseren Alltag prägen. Wir spüren, dass die Luft besser wird, wenn die Bürgermeisterin auf das Fahrrad, Busse und eine intelligente Verkehrsführung setzt. Wir erleben aufregende Theaterabende, weil dem Bürgermeister die kulturelle Vielfalt am Herzen liegt. Wir merken aber auch, wie prekär die Finanzlage ist, wenn das Schwimmbad zubleibt oder es durch das Schuldach tropft.

Wir GRÜNE sind viel vor Ort aktiv und haben deshalb die Situation vor Ort immer im Blick. Wir sehen die Sorgen der BürgermeisterInnen, der RätInnen in Städten, Gemeinden und Bezirken. Sie leisten Tag für Tag ganze Arbeit, aber werden vom Bund und von den Ländern allzu oft allein gelassen. Die Union setzt weiter auf viel zu teure Prestigeprojekte – und will die Millionengräber im Zweifel auch gegen den Willen der Bevölkerung und auf Kosten einer nachhaltigen Infrastruktur durchsetzen. Uns sind hundert kleine Bühnen lieber als eine Arena. Statt eines überteuerten Zentralbahnhofs wollen wir schnellere Zugverbindungen in der ganzen Region.

Grüne Politik vor Ort heißt vor allem bezahlbares Wohnen für alle ermöglichen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, hier sind wir zu Hause und gestalten Nachbarschaft. Um Mieterinnen und Mieter besser vor Verdrängung zu schützen und zukunftsfähigen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen alle Ebenen zusammenarbeiten – von der Kommune vor Ort bis zur Bundespolitik.

Vor Ort ist den meisten Bürgerinnen und Bürgern klar: Die Kommunen brauchen eine stärkere Unterstützung. Wir stehen deshalb für einen kooperativen Föderalismus ein, der gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen befördert. Natürlich unterscheidet sich das Leben in einer Metropole von dem auf dem Lande, aber

Kommunen müssen überall dazu befähigt sein, die Grundlagen für ein gutes, vielfältiges Miteinander zu schaffen.

Unsere Politik ermöglicht allen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe vor Ort. Wir unterstützen die Kommunen darin, eine soziale und kulturelle Infrastruktur zu schaffen, die allen offensteht, denn hier entscheidet sich, ob Teilhabe wirklich gelingt.

Unsere Politik ermöglicht Einmischung vor Ort. Die Menschen in den Kommunen haben die Ideen und die Kraft für ein lebendiges Gemeinwesen. Was sie brauchen, ist die Möglichkeit zum Mitreden und Mittun.

Unsere Politik schafft vor Ort Zukunft. Indem wir die Kommunen unterstützen und entlasten, eröffnen wir neue Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume. Wir arbeiten mit an der grünen Stadt der Zukunft – vielfältig, solidarisch und nachhaltig.

1. Bezahlbar grün wohnen

Zukunftsfähige Wohnungspolitik heißt vor allem, soziales Mietrecht, gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und die energetische Modernisierung der Gebäude zusammen zu denken. Denn während einige Regionen mit Wohnungsleerstand kämpfen, wird Wohnraum in wirtschaftsstarken Regionen immer knapper und teurer. Schon heute leben in Deutschland drei von vier Personen in Städten. Das weckt spekulative Begehrlichkeiten und erhöht den Druck auf die Mieterinnen und Mieter. Doch unsere Städte sind Städte für alle Bürgerinnen und Bürger – statt Spielwiesen für SpekulantInnen. Niemand soll aus dem eigenen Viertel ziehen müssen, weil die Miete plötzlich zu hoch ist. Die negativen Auswirkungen von Gentrifizierung können wir nicht länger hinnehmen und haben dafür auch die passenden Antworten.

Der größte Preistreiber sind aktuell die Wiedervermietungsmieten. Sie sollen künftig nicht höher als 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen, wo Wohnraumangel herrscht. In laufenden Verträgen bremsen wir den Mietanstieg durch die Drosselung der regelmäßigen Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete. Auch im Zuge von Modernisierungen senken wir die Mieterhöhung auf maximal 9 % der Kosten pro Jahr und beschränken sie

auf die energetische Sanierung sowie altersgerechten Umbau. Den Kommunen geben wir bessere Instrumente an die Hand, indem wir das Baugesetzbuch reformieren, so dass auch die Einführung von Mietobergrenzen und erweiterter Schutz vor den Nachteilen der Eigentumsu mwandlung möglich sind. Auch die Maklergebühren sind vielerorts zu einem echten Kostenfaktor geworden. Deshalb soll den Makler oder die Maklerin bezahlen, wer ihn oder sie beauftragt.

Vielerorts wird der Druck auf die MieterInnen durch die Finanzkrise und die damit einhergehenden Immobilienspekulationen mit Mietsteigerungen, Eigentumsu mwandlung und neuem Luxuswohnungsba u noch erhöht. Es trifft vor allem Menschen mit niedrigen und ungesicherten Einkommen und verschärft damit die soziale und räumliche Spaltung der Gesellschaft. Die Zahl der Haushalte, die mehr als 40 % ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden müssen und in Transferleistungen gezwungen werden, steigt bedrohlich an. Frauen, die häufiger als Männer Kinder allein erziehen und im Schnitt geringere Löhne und Renten haben, sind davon in besonderem Maß betroffen. Auch deshalb muss der soziale Wohnungsbau in Deutschland eine Renaissance erleben. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland um fast ein Drittel gesunken – mit entsprechenden Folgen für die MieterInnen. Doch nun stellt sich die Frage der Sicherung sozialer und öffentlicher Wohnungsbestände neu. Der Bund soll die Länder und Kommunen besser beim sozialen Wohnungsbau und bei gezielten Ankäufen in innerstädtischen Lagen unterstützen. Die Kompensationsmittel des Bundes sollen bis 2019 weiterhin an die Bundesländer zweckgebunden gezahlt werden. Anders als in den 70er Jahren dürfen aber keine Ghettos am Stadtrand hochgezogen werden, denn Sozialwohnungen gehören in lebendige Stadtteile. Das Wohngeld sollte wieder als Instrument gestärkt werden, um zu verhindern, dass Haushalte in die Transferleistungen gedrängt werden. Auch die Verhinderung von Obdachlosigkeit ist uns ein wichtiges Ziel. Dafür brauchen die Kommunen zunächst eine bundesweite Wohnungsnotfallstatistik.

Beim Handeln mit Immobilien wollen wir die Finanzinvestoren steuerlich erreichen. Auch im Umgang mit verwahrlosten Immobilien, sogenannten Schrottimmobilien, und zur Sicherung der

Wohnqualität wollen wir die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen stärken. Dazu hat eine Enquete-Kommission des Landtags NRW wegweisende Empfehlungen gegeben. Nicht zuletzt wollen wir prüfen, ob gesetzliche Regelungen für eine neue gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft wieder sinnvoll sind, und sagen, dass Wohnungen in öffentlicher Hand nur noch notfalls verkauft werden sollen – und dann bevorzugt an nachhaltig wirtschaftende Gesellschaften. Die Gründung stadtteilorientierter Genossenschaften unterstützen wir ebenfalls – zum Beispiel indem wir für BewohnerInnen, die sich zu Wohngenossenschaften zusammenschließen, ein Vorkaufsrecht einführen.

Die energetische Modernisierung der Wohnungen und aller anderen Gebäude ist ein zentraler Bestandteil der Energiewende. 40 % der Energie werden hier verbraucht – besonders für warme Wohnungen. Allein 2012 sind die Heizkosten um 12 % gestiegen. Energetische Modernisierung ist die beste Absicherung für bezahlbare Wärmekosten in der Zukunft. Gerade weil wir GRÜNE uns für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050 starkmachen, setzen wir uns für eine sozial ausgewogene Mieten- und Wohnungspolitik ein. Dabei zielen wir auf Warmmietenneutralität ab. Wir setzen auf Information und Transparenz – mit dem Energiebedarfsausweis für Gebäude, der auch Angaben zum Energieverbrauch enthält, ökologischen Mietspiegeln und einem Netz von Beratungszentren. Das haben wir auch im Energiekapitel beschrieben (vgl. B. 5. Bezahlbare Wärme und Strom für alle). Für neue Gebäude wollen wir den Niedrigstenergiestandard vorgeben, doch der Fokus liegt auf dem Bestand. Hier sind besonders private KapitalgeberInnen gefragt, so dass wir auch die richtigen Anreize setzen. Die Sanierungsquote soll durch zielgruppengerechte Förderung und Planungssicherheit auf 3 % ansteigen. Die energetische Modernisierung muss bezahlbar und die Kosten gerecht verteilt sein – zwischen EigentümerInnen, MieterInnen und Staat. Nur so können die notwendigen Investitionen sozialverträglich gestaltet werden. Dazu wollen wir das KfW-Gebäudesanierungsprogramm mit 2 Mrd. Euro jährlich ausstatten und verstetigen. Zusätzlich wollen wir den Energiesparfonds in Höhe von jährlich 3 Mrd. Euro einrichten, mit dem wir besonders Maßnahmen in Stadtteilen mit vielen einkommensschwachen Haushalten fördern wollen. Inwieweit eine steuerliche Förderung

für private Hausbesitzer sinnvoll ist, soll neu ausgelotet werden. Soziale Härten sollen mit einem Klimazuschuss zum Wohngeld und einem Klimabonus bei den Kosten der Unterkunft aufgefangen werden. Mit dieser Gesamtstrategie schaffen wir die Energiewende im Gebäudebestand, lösen eine Investitionsoffensive aus und schaffen Arbeitsplätze.

2. Die grüne Stadt entwickeln

Wir entwickeln unsere Städte weiter – zu Orten für ein vielfältiges und nachhaltiges Miteinander, mit kurzen Wegen und vielen Grünflächen, mit heterogenen Vierteln, kulturellen Treffpunkten und lebendigen Innenstädten. Es sollen Lebens- und Gestaltungsräume für alle Bürgerinnen und Bürger werden, in denen sich Kinder, aber auch Alte oder Menschen mit Behinderung frei bewegen können.

Grüne Städte sind bunt, kreativ, lebendig – und für alle da. Deshalb erhalten wir öffentliche Freiräume und schaffen mehr Platz für Menschen und Initiativen, die sich vor Ort für eine lebenswerte Stadt einsetzen. Integrierte Stadtentwicklung ist der Kern grüner Stadtpolitik und bildet die Voraussetzung für ein vielfältiges Miteinander. Bei städtebaulichen Planungen sollen AnwohnerInnen früher informiert und verbindlich beteiligt werden. Gerade junge Menschen brauchen hier spezifische Programme und Ansprachen, um an den Bauplanungsprozessen beteiligt zu werden. Dafür ändern wir das Bau- und Planungsrecht und knüpfen Programme an entsprechende Bedingungen. Auch wollen wir die Mittel für die Städtebauförderung, insbesondere für die Programme Soziale Stadt, Stadtumbau und Denkmalschutz, mittelfristig erhöhen. Denn diese Programme sind seit 40 Jahren ein wichtiges Instrument zur Erneuerung unserer Städte, um das uns viele Länder beneiden. Die Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ wollen wir neu beleben und weiterentwickeln. Die Mittel des Europäischen Strukturfonds sollen ab 2014 verstärkt für die ökologisch-soziale Stadtentwicklung eingesetzt werden.

Grüne Städte leben von der Vielfalt in den Vierteln. Dafür stärken wir im Sinne der Sozialen Stadt die dauerhafte Teilhabe in heute benachteiligten Stadtteilen. Dafür brauchen wir die verbindliche

Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Politikbereichen. Zusätzlich zu baulichen Maßnahmen sollen Aktivitäten wie Vernetzung, Bildung oder bürgerschaftliches Engagement gefördert werden. Außerdem koppeln wir Neubauprojekte an die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wir wollen den gesetzlichen Auftrag der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben neu regeln. Wenn Brachflächen, wie alte Kasernengelände, verkauft werden, sollen nachhaltige und stadtpolitische Faktoren berücksichtigt werden, damit nicht nur das Höchstgebot zählt. Auch das Erbbaurecht sollte zum Beispiel gegenüber dem Verkauf häufiger eingesetzt werden.

Grüne Städte sind Bürgerstädte. Sie brauchen Wirtschaftsvielfalt und Eigentumsvielfalt. Wir wollen den inhabergeführten Einzelhandel als wichtiges Element lebendiger Innenstädte stärken. Auch Klein- und Mittelbetriebe in Ballungsgebieten leiden unter explodierenden Gewerbemieten. Den Anstieg wollen wir auf ein für die Betriebe wirtschaftlich tragbares Maß begrenzen und dafür unterschiedliche Maßnahmen prüfen.

Grüne Städte sind auch der richtige Ort für den Klimaschutz. Dafür stärken wir die Innenstädte, minimieren den Flächenverbrauch im Umland und verbinden urbane Dichte mit Stadtgrün sowie Stadtnatur im Baurecht und bei den Förderprogrammen. Mit unserem Konzept der energetischen Quartierssanierung, das durch den Energiesparfonds finanziert wird, können die Kommunen eine behutsame Stadterneuerung und die Abstimmung von Investitionen auf die Wohnraumnachfrage und Stadtentwicklung umsetzen. Fehlinvestitionen werden vermieden und Kosten gesenkt. Eine dezentrale Energieversorgung und effiziente Leitungssysteme werden geplant und gebaut. Wir stärken aber auch die Anreize, verstärkt ökologisch nachhaltige Baustoffe zu verwenden und die Baukultur sowie urbane Lebensqualität zu pflegen und weiterzuentwickeln. Eine wichtige Aufgabe wird dabei die energetische und die funktionale Modernisierung der kommunalen Infrastrukturen, bei der die Anpassung und Ertüchtigung der vorhandenen Gebäude und Anlagen Vorrang vor Neubau haben muss. Dies soll gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden – transparent und auf Augenhöhe.

3. Mehr Grün im ländlichen Raum

Deutschland wird durch eine Vielzahl von unterschiedlichen ländlichen Regionen geprägt. Sie bestimmen durch ihre wirtschaftlichen Potentiale, ihre landschaftlichen Reize und ihre landwirtschaftlichen Strukturen den Charakter unseres Landes. Leider wurde der ländliche Raum in den letzten Jahren zunehmend vernachlässigt. Die Folge ist, dass immer mehr Menschen wegen besserer Bildungs-, Berufs- und Lebensgestaltungsmöglichkeiten in die großen Städte und Ballungsräume ziehen und die, die bleiben, im Durchschnitt immer älter werden. Besonders für die strukturschwachen Regionen fehlen Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung, und ein verschärfter Strukturwandel in der Landwirtschaft verändert das Aussehen unserer Dörfer stark. Deshalb müssen wir die bisherigen Förderinstrumente besser auf diese Herausforderungen ausrichten und dafür sorgen, dass Grund und Boden nicht zu bloßen Spekulationsobjekten werden.

Klar ist, dass wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort die Rahmenbedingungen verändern müssen, denn ländliche Räume sollen sich eigenständig entwickeln können. Wir wollen sie dabei unterstützen, eine bessere regionale Vernetzung sowie regionale Wirtschaftskreisläufe mit regionaler Weiterverarbeitung, Veredlung und Vermarktung aufzubauen. Wir setzen deshalb Anreize zur interkommunalen Zusammenarbeit und beseitigen die bestehenden Rechtsunsicherheiten und steuerlichen Hindernisse. Auch der Naturtourismus bietet in Verbindung mit dem Erhalt der Kulturlandschaft und der Förderung von Biolandwirtschaft neue Perspektiven und wir wollen dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger besser an der Energiewende teilhaben können. Dazu unterstützen wir BürgerInnennetzwerke und Bioenergiedörfer zur regionalen Energieversorgung.

Wir wollen das Leben wieder in die Zentren der Dörfer und Kleinstädte holen, denn kurze Wege für alle Generationen sind auch auf dem Land möglich: Statt eines Supermarkts für die Region brauchen wir viele kleine Läden in den Ortszentren. Wo nötig unterstützen wir dafür auch mobile Versorgungssysteme oder Dorfladenkonzepte, die mehr als nur Einzelhandel betreiben, sondern zusätzliche Dienstleistungen anbieten. Den ungebremsten Neubau

auf der grünen Wiese wollen wir stoppen. Außerdem führen wir einen Demografiecheck zur Abschätzung der lokalen Bevölkerungsentwicklung sowie eine obligatorische Folgekostenbetrachtung vor der Ausweisung neuer Baugebiete ein. Wir müssen aber die Kommunen auch besser dabei unterstützen, für junge Menschen gut erreichbare Betreuungs- und Bildungsangebote zu schaffen. Und damit es für alte Menschen genügend Wohnungen gibt, unterstützen wir altersgerechte Umbauten durch eine gezielte Förderung, ein besseres Informationsangebot und rechtliche Änderungen.

Bei der Gesundheitsversorgung stehen wir im ländlichen Raum vor besonders großen Herausforderungen. Sie muss besser auf Bedürfnisse alter Menschen ausgerichtet werden – bei weniger Angeboten und weiteren Wegen. Wir brauchen eine bessere Vernetzung und eine andere Aufgabenteilung. Die Pflegekräfte spielen dabei eine Schlüsselrolle. Sie sollen mehr Verantwortung übernehmen können. Nicht zuletzt brauchen wir flexible Versorgungsformen wie Fahrdienste oder mobile Praxisteam, die Einführung und Anwendung von telemedizinischen Diensten und den Ausbau von ambulanten Wohn- und Betreuungsangeboten als übergreifende mobile Versorgungsdienste und genügend Präventions- und Hilfsangebote für Menschen mit problematischen Konsummustern von legalen und illegalen Drogen.

Unsere Politik für den ländlichen Raum soll auch die Zivilgesellschaft stärken. Rassismus, Homophobie und andere Diskriminierungen gibt es leider zu häufig und in manchen Dörfern treiben Nazis uneingeschränkt ihr Unwesen. Wo andere lieber schweigen, sprechen wir die Tatsachen an und unterstützen das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort durch ein vielfältiges kulturelles Angebot, Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten wie z. B. selbstverwaltete Jugendräume und andere alternative Projekte als Keimzellen gesellschaftlicher Veränderungen.

Wir unterstützen die Kommunen dabei, eine gut funktionierende Infrastruktur bereitzustellen. Im Netz- und im verkehrspolitischen Kapitel beschreiben wir die passenden Lösungen für das Internet und den öffentlichen Nahverkehr, so dass auch Menschen, die kein Auto haben, vielfältige Möglichkeiten der Lebensgestaltung erhalten. Wenn die Unterauslastung von Wasser- und Abwassernetzen zum Problem wird, bevorzugen wir dezentrale und nachhaltige Lö-

sungen. Auch Ausnahmen beim Anschluss- und Benutzungszwang müssen für abgelegene Wohneinheiten möglich werden.

Auf nationaler Ebene wollen wir mehr Mittel aus den Europäischen Strukturfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes zur Verfügung stellen. Auch der integrierte Fondseinsatz muss zur Anwendung kommen, um flexible und bedarfsgerechte Fördermöglichkeiten in den Regionen zur Verfügung zu haben. Ziel muss eine integrierte ländliche Entwicklung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sein.

4. Kommunale Handlungsfähigkeit stärken

Unsere Ansprüche an die Kommunen sind hoch, denn wir wollen gute Institutionen für alle. Vor Ort werden die Weichen für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen gestellt. Doch die finanzielle Lage ist zum Teil dramatisch. Die Einnahmen sind in der Krise eingebrochen und viele haben sich bis heute nicht erholt. Steigende Sozialausgaben führen zu zusätzlichen Kosten für die kommunalen Haushalte. Das alles führt zu immer mehr Schulden und beschneidet die Handlungsfähigkeit massiv.

In vielen Kommunen werden die Menschen deshalb in Form hoher Gebühren, maroder Infrastruktur und durch den Verlust an Lebensqualität übergebührlich belastet. Doch die Hilfe von Bund und Ländern bleibt vielerorts aus. Stattdessen verkünden sie weitere Aufgaben und übertragen den Kommunen die Verantwortung, ohne die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Wir stehen für einen fairen Umgang mit den Städten und Gemeinden. Zusätzliche Aufgaben müssen immer durch zusätzliche Mittel gedeckt sein. Das Konnexitätsprinzip muss also endlich auch auf Bundesebene verankert werden. Darüber hinaus muss der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben spürbar entlasten. Wir erhöhen dazu in einem ersten Schritt den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft auf 35 %, in einem zweiten auf 37,7 %. Damit entlasten wir die Kommunen um 1 Mrd. Euro. Außerdem wollen wir die bisherige Eingliederungshilfe durch ein Teilhabeleistungsgesetz ablösen und den Bund angemessen an der Finanzierung beteiligen. Eine entsprechende Reform der Eingliederungshilfe muss die Ziele der UN-

Behindertenrechtskonvention befördern und einen Strukturwandel einleiten hin zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe. Die Angebote und Leistungsformen gilt es hierauf auszurichten und auszustatten. Die Entwicklung des inklusiven Gemeinwesens kann und darf nicht allein Aufgabe und Pflichtleistung der Kommunen sein. Kosten, die aus einem Teilhabegesetz erwachsen, dürfen nicht komplett auf Länder und Kommunen abgewälzt werden.

Das Geld fehlt auch für wichtige Investitionen – sei es in neue Zukunftsprojekte wie Bildung und Energie, sei es für dringend notwendige Sanierungen. Leere Kassen und einseitige Wettbewerbsvorgaben für kommunale Unternehmen erhöhen den Druck auf die Kommunen, ihre Leistungen zu privatisieren. Wieder einmal versucht die EU-Kommission mit Unterstützung von Schwarz-Gelb zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge wie die Wasserver- und -entsorgung durch hohe Auflagen an Stadtwerke, Zweckverbände und interkommunale Kooperationen zu beschneiden. Doch häufig haben Privatisierungen mehr Probleme geschaffen als gelöst. Oft bedeutet dies, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, denn das Risiko trägt letztlich die Allgemeinheit. Privatisierungen sind nur im Ausnahmefall sinnvoll und müssen an harte Bedingungen geknüpft werden.

Wir GRÜNE stehen für eine Stärkung und Weiterentwicklung verlässlicher und qualitativ hochwertiger öffentlicher Güter und Institutionen. Wir wissen, wie wichtig es ist, die politische Steuerungsfähigkeit der Kommunen, Transparenz und die demokratische Kontrolle sicherzustellen, wenn es um die Zukunft der Daseinsvorsorge geht. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die ihre Leistungen wieder selbst erbringen wollen. Dazu wollen wir die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen sichern und die interkommunale Zusammenarbeit fördern. Ein Weg kann auch die Bildung von Regionalkreisen sein, in denen die Kernstadt mit den Umlandkreisen eine gebietskörperschaftliche Einheit bildet.

Aufgaben der Daseinsvorsorge von der Wasserversorgung bis zur Abfallbeseitigung wurden in den letzten Jahren vielfach in Gesellschaften privaten Rechts in kommunaler Eignerschaft oder mit Beteiligung privaten Kapitals überführt. Dadurch werden die kommunalpolitischen Grundsätze der Transparenz und der Kontrolle durch den Gemeinderat ausgehöhlt. Eine Beteiligung der Öffent-

lichkeit wird in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge praktisch unmöglich gemacht. Deshalb fordern wir öffentliche Aufsichtsratsitzungen und Informationspflichten auch kommunaler öffentlicher Unternehmen.

Obwohl Kommunen ihre Beschaffung grundsätzlich nach ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten können, schöpft die Vergabepraxis diese rechtlichen Möglichkeiten oft nicht aus. Die Entscheidung fällt häufig immer noch für das billigste Angebot, obwohl es bei einer Betrachtung über den gesamten Lebenszyklus hinweg wirtschaftlichere Alternativen gäbe. Wir wollen deshalb prüfen, wie Dumpingangebote automatisch und rechtssicher aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden können.

Die Finanzlage der Kommunen muss insgesamt verbessert werden. Die wichtigste Maßnahme ist eine Gemeindefinanzreform, die eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen im Grundgesetz sicherstellt. Wir fordern den Erhalt der Gewerbesteuer, die Weiterentwicklung einer kommunalen Wirtschaftssteuer und eine Reform der Grundsteuer. Dazu haben wir ein Modell diskutiert, nach dem die Grundsteuer nach den aktuellen, pauschalieren Verkehrswerten berechnet werden soll. Leitplanken sind für uns GRÜNE: eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung ohne ökologische Fehlanreize. Das Hebesatzrecht liegt bei den Kommunen.

5. Regionen bedarfsgerecht und nachhaltig fördern

Wir stehen für eine solidarische Politik, die geschwächte Strukturen stärkt und zurückgebliebene Regionen dabei unterstützt, sich neu aufzustellen. In Ostdeutschland ist viel bewegt worden. Die Menschen dort haben in einem schwierigen Transformationsprozess Großartiges geleistet. Aber die wirtschaftliche Finanzkraft ist nach wie vor niedriger als in den alten Ländern. Solidarische Unterstützung wird noch lange notwendig sein, doch der Solidarpakt II läuft 2019 aus. Wir glauben, dass im Anschluss eine Förderung von Kommunen in strukturschwachen Regionen nach Bedarf der richtige Weg ist. Allen Kommunen stehen große Herausforderungen im Zuge der Schuldenbremse ins Haus. Durch die Krise wurden besonders strukturschwache Regionen, die schon aufgrund des demogra-

fischen Wandels unter erheblichem Druck stehen, hart getroffen. Viele dieser Kommunen in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern können diese Probleme nicht allein lösen. Insbesondere bei der Altschuldentilgung brauchen sie Hilfe.

Ostdeutschland ist neben einzelnen Regionen im Westen – auch und gerade in den ländlichen Räumen – flächendeckend von den verschiedensten Auswirkungen der demografischen Entwicklung betroffen und muss mit diesen umgehen. Diese Prozesse laufen im Osten beschleunigt und in erheblichen Größenordnungen ab. Neben dem politischen Willen, in den ländlichen Räumen ein gutes Leben zu ermöglichen, sind hier volkswirtschaftlich intelligente Lösungen gefragt. Dezentralität und Subsidiarität sind für uns dabei wichtige Grundprinzipien.

Wir werden die aktuelle Förderstruktur auch mit Blick auf Nachhaltigkeitskriterien auf den Prüfstand stellen. Die Kommunen und Länder bestärken wir darin, fair gehandelte und ökologische Produkte zu kaufen. Mit Hilfe von Fördermitteln und Regionalfonds können die verschiedenen AkteurInnen aus einer Region zusammenarbeiten und die Möglichkeiten ihrer Region gemeinsam stärken. Die Wertschöpfung wollen wir in der Region halten; etwa durch ein Regionalsiegel. Die nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege unserer vielfältigen Kulturlandschaft ist für die Menschen in der Region wichtig. Auch der Tourismus profitiert davon und sollte deshalb einen Beitrag dazu leisten.

6. Kooperativer Föderalismus

Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen den föderalen Ebenen, ohne die Entscheidungsfreiheit der Länder und Kommunen zu beschneiden. Das Gegenteil ist der Fall. Erst durch eine partnerschaftliche Kooperation kann die Politik vor Ort ihrer Aufgabe gerecht werden und die Lebenswirklichkeit der Menschen positiv gestalten. Die Zinszahlungen für die aufgelaufenen Schulden belasten Länder und Kommunen in erheblichem Maße. Wir wollen sie mit einem Altschuldentilgungsfonds entlasten, damit alle die Chance haben, die Schuldenbremse einzuhalten.

Die Verhandlungen über die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind verzwickelt. Die derzeitige Mittelverteilung gleicht einem unübersichtlichen Flickenteppich und diese Verstrickung der Einnahmequellen verhindert eine sinnvolle Überwindung der strukturellen Finanzierungslücke in den Kommunen. Wir wollen die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs für die Zeit nach 2019 mit einer Föderalismusreform III verbinden. Darin werden wir auch die anderen Finanzströme zwischen Bund und Ländern sowie die finanzielle Situation der Kommunen einbeziehen. Außerdem wollen wir dafür Sorge tragen, dass der Länderfinanzausgleich nach Bedürftigkeit, fair, anreizkompatibel und solidarisch ausgestaltet wird. Anstrengungen für Mehreinnahmen, Effizienz und Einsparungen müssen sich für alle Bundesländer lohnen. Eines steht für uns schon fest: Das Grundgesetz muss wieder gemeinsames Handeln von Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen. Wir setzen uns schon lange dafür ein, das Kooperationsverbot im Bildungsbereich abzuschaffen und die Kooperationsmöglichkeiten in der Wissenschaft zu erweitern. Den Ländern und Kommunen fehlen einfach die finanziellen Mittel, um die gesamtstaatlichen Herausforderungen für den notwendigen Bildungsaufbruch mit guten Ganztagschulen zu bewältigen. Es ist an der Zeit, mehr Kooperation zu ermöglichen.

Wer GRÜN wählt ...

- sorgt für bezahlbares und klimaschonendes Wohnen.
- entwickelt Städte, Gemeinden und ländliche Räume grün und lebenswert.
- gibt den Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurück.
- fördert Regionen nachhaltig und bedarfsgerecht.
- steht für einen kooperativen Föderalismus.

Schlüsselprojekte

Bezahlbares Wohnen ermöglichen – soziales Mietrecht, gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und energetische Modernisierung zusammen denken

In unseren Städten werden rasant steigende Mieten zu einem immer größeren Problem. Dagegen wollen wir vorgehen und die Verdrängung von Menschen aus ihren Vierteln stoppen. Wir werden die regelmäßige Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete stärker begrenzen. Bei Wohnraummangel wollen wir Obergrenzen für Wiedervermietungsmieten ermöglichen. Die Länder unterstützen wir besser beim sozialen Wohnungsbau. Mieterhöhungen durch Modernisierungen senken wir auf maximal 9 % und beschränken sie auf den Abbau von Barrieren sowie die energetische Modernisierung. Mit gezielter Förderung und einem Klimazuschuss zum Wohngeld senken wir die Kosten für die energetischen Modernisierungen ab. So schaffen wir Wohnqualität und bezahlbare Wohnungen, die fit sind für die Energiewende.

Städte und Gemeinden zukunftsfähig machen – der Städtebauförderung neuen Schwung geben

Die Programme der Städtebauförderung wurden kräftig gestützt, obwohl uns viele Länder darum beneiden. Denn damit können Kommunen investieren, um ihre Infrastruktur auszubauen. Deshalb wollen wir die Fördermittel für dieses Programm wieder schrittweise erhöhen. Dabei nehmen wir besonders das Programm Soziale Stadt zur Stärkung sozial benachteiligter Stadtteile und die Förderung des Stadtumbaus in Kommunen mit Wohnungsleerstand und Industriebrachen in den Blick. Wir wollen zusätzlich die energetische Quartierssanierung einbeziehen. So bekommen die Kommunen mehr Freiheit und Flexibilität beim Einsatz der Mittel. Damit können wir die Infrastruktur unserer Städte besser auf Teilhabe und die Energiewende ausrichten.

Die Kommunalfinanzen stärken – Unterstützung durch den Bund bei den Kosten der Unterkunft

Die Finanzlage vieler Kommunen ist so dramatisch, dass vor Ort keinerlei Gestaltungsspielraum besteht. Trotzdem müssen wir überall die Teilhabe aller ermöglichen. Dafür schaffen wir einen fairen Umgang mit den Städten und Gemeinden, indem künftig zusätzliche Aufgaben des Bundes für die Kommunen immer durch zusätzliche Mittel vom Bund gedeckt werden müssen. Außerdem entlasten wir die Kommunen bei den derzeitigen Kosten für die Mieten von ALG-II-BezieherInnen. Dafür soll der Bund künftig 1 Mrd. Euro zusätzlich bereitstellen. So unterstützen wir die Kommunen dabei, eine gerechte und solidarische Sozialpolitik umzusetzen.